

Posener Zeitung.

Siebenundsechziger Jahrgang.

Sonnabend, 11. April.
(Erscheint täglich drei Mal.)

Jg. 251.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Bremen 12 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Abonnement-Bureau: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen; Ludolph Woste; in Berlin, Dresden, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel; Haasenstein & Vogler; in Berlin; J. Lehmann, Schlossplatz; in Breslau: Emil Fabrik.

1874.

Amtliches

Berlin, 10. April. Der König hat den Gebr. Carl und Albert Lehmann, Inhaber der Firma J. C. Lehmann zu Potsdam das Präsidial als königliche Hoflieferanten verliehen.

Der Kaufmann W. Doering ist zum franz. Konsular-Agenten in Elberfeld bestellt, dem Notar Schlosser zu Hagenau die Entlassung aus dem Reichs-Justizdienste ertheilt, die als Lokal-Baubeamte der Militär-Verwaltung resp. in Karlsruhe, Danzig, Breslau und Magdeburg angestellten Baumeister Devin, Bobrik, Heimerdingen und Steinberg sind zu Landbaumeistern ernannt, der Kreisg.-Rath Marx Ernst Eeius in Greifswald ist zugleich zum außerord. Prof. in der juristischen Fakultät der Universität daselbst, der bish. Privatdozent an der Universität hier selbst, Dr. Leo Kochhammer, zum außerord. Prof. in der phyl. Fakultät der Universität zu Kiel ernannt, der Lehrer Jakob am Schullehrer-Seminar zu Hannover an das Seminar zu Stade und der Seinarbeiter Alpers zu Stade an das Seminar zu Hannover versetzt, der bish. Baumeister Albert Seyß zu Berlin zum Eisenbahn-Baumeister ernannt und sind denselben die Funktionen eines Abth.-Baumeisters bei dem Bau der Eisenbahn von Berlin nach Nordhausen mit dem Wohnsitz in Staßfurt übertragen, der Maschinenmeister Jordan zu Castel bei Mainz ist zum R. Eisenbahn-Maschinenmeister ernannt und bei der Nass. Staats-Eisenbahn daselbst definitiv angestellt worden.

Zu Kreisrichtern sind ernannt: der Ger.-Ass. Sellmer bei dem Kreisg. in Küstrin, in der Funktion bei der Ger.-Deput. in Seelow, der Ger.-Ass. Möhrs bei dem Kreisg. in Goldap, der Ger.-Ass. Oelch bei dem Kreisg. in Bartenstein, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Friedland, der Ger.-Ass. Dr. Nies bei dem Kreisg. in Schubin, der Ger.-Ass. Schröter bei dem Kreisg. in Trebnitz, der Ger.-Ass. Rohrsdorf, der Ger.-Ass. Grundmann, der Ger.-Ass. Bonitz, der Ger.-Ass. Thümmel und der Ger.-Ass. Dr. Eger, sämtlich bei dem Kreisg. zu Beuthen in Obersch., letzterer mit der Funktion bei der Ger.-Deput. in Tarnowitz.

Telegraphische Nachrichten.

Köln, 10. April. In einer auf gestern Abend von dem Komitee der Fortschrittspartei berufenen Versammlung von Reichstagswählern wurde die beantragte Resolution, in welcher die Versammlung ihr Vertrauen zu der Haltung der Abgeordneten der Fortschrittspartei in der Militärfrage ausspricht, gegen eine bedeutende Minorität angenommen.

Bremen, 10. April. Heute war an der Börse eine Adresse der frischen Reichstagswähler an den diesseitigen Reichstagsabgeordneten aufgelegt, in welcher der dringende Wunsch ausgedrückt wird, daß eine Vereinbarung über das Militärgefeß auf denjenigen Grundlagen erfolge, die nach dem Urtheile der Heeresverwaltung dem Vaterland ausreichende Sicherheit gewähren. Die Adresse soll zwei Tage lang öffentlich ausliegen und bedeckt sich schon heute mit zahlreichen Unterschriften.

Bahonne, 10. April. Der Pfarrer Santacruz ist gestern nach Belgien abgereist.

Santander, 9. April. Die Generale Manuel Concha, Echaque, Reina, Yquierdo, Martinez Campos verlassen in diesen Tagen Santander und begeben sich nach Castro. Ein Regiment Karabiniers, welches hier eingetroffen war, ist ebenfalls nach Castro abgerückt. Die Nordarmee hat seit dem 27. März 20 Geschütze zur Verstärkung erhalten. Die Operationen werden voraussichtlich am Montag wieder aufgenommen werden.

Konstantinopel, 10. April. Gestern Morgen sind von den Assistenten dem Vertreter der Regierung die Schlüssel zur Heilandskirche übergeben worden.

Penang, 10. April. Die Holländer haben mehrere chinesische Häfen als dem Handel geöffnet erklärt.

Newport, 10. April. Mehrere Hundert der hiesigen angesehensten Deutschen haben dem seitherigen deutschen Generalkonsul Dr. J. Rösing eine glänzende Abschiedsfeier bereitet, an welcher auch der frühere Gouverneur Salomon und der Major der Stadt Theil nahmen.

Deutscher Reichstag.

28. Sitzung.

Berlin, 10. April, 12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Döbriek, Geh.-Rath Michaelis und Oberst v. Medem.

Das Haus beschäftigt sich zunächst mit Wahlprüfungen. Im Regnitzer Wahlbezirk (Kreise Rothenburg und Höxterwerda) ist der Landeshauptmann v. Seydewitz mit 3262 St., also nur mit 82 St. über die absolute Mehrheit, gegen Jung in Köln gewählt worden, der 371 St. erhalten hat. Aus den Wahlakten ergibt sich, daß 34 Stell. die auf den "Assessor a. D. Jung" lauteten, ohne jeden Grund ein Protest des Kreisrichters Büchel und Gen. vor, in welchem Wahlbeeinflussungen verschiedener Art, Vertheilung von Stimmzetteln usw. d. Bier, Kolportage von Stimmzetteln durch Gendarmen, die damit auf dem Landratsamt versehen wurden u. s. w. behauptet und mit Thaten bezeugt werden. In Folge dessen hat die 6. Abtheilung beantragt, die Wahl des Abg. v. Seydewitz zu beanstanden und den Reichstag zu erüben, über die behauptete Wahlbeeinflussung des Landratsamtes zeugeneidlichen Beweis erheben zu lassen, während Abg. Banks die Untersuchung auch auf die anderweitigen Prolet erwähnten Thatsachen ausgedehnt wissen will. Abg. Baer ist an sich kein Grund zur Ungültigkeitsklärung der Wahl, schädige aber das Ansehen der Obrigkeit und empfiehlt sich daher eine genaue Untersuchung. Eine Beeinflussung der Wähler durch Stimmzettel soll die erfolgte Austragung von Stimmzetteln durch die Gendarmen verboten werden.

Abg. Baer: Das Kolportiren von Wahlzetteln durch Gendarmen sei an sich kein Grund zur Ungültigkeitsklärung der Wahl, schädige aber das Ansehen der Obrigkeit und empfiehlt sich daher eine genaue Untersuchung. Eine Beeinflussung der Wähler durch Stimmzettel, Gendarmen oder den Landrat halte er überdies gar

nicht für möglich, auch nicht bei der Landbevölkerung. Ist denn der Herr Landrat ein gar so besonderes Wesen, daß er unter allen Umständen Einfluß üben müßt? Und sind denn die Landleute in Norddeutschland weniger widerstandsfähig als die Süddeutschen, die sich von ihrem Amtmann bei Wahlakten nicht leiten lassen, sondern ihm sagen würden: "Herr Amtmann, Herr Amtmann, was er auch spricht, wir Bauern, wir Bauern, wir glauben ihm nicht."

Abg. v. Matzahn (Gütz): Die Vertheilung von Stimmzetteln durch Gendarmen sei um so weniger ein Grund zur Ungültigkeitsklärung der Wahl, als tatsächlich die von Gendarmen kolportierten Stimmzettel den Namen des Gegenkandidaten trugen und dem Herrn v. Seydewitz eher Abbruch gethan als genutzt haben.

Abg. Banks: Der Einfluß der Landräthe sei keineswegs so gering, wie Abgeordneter Baer meint. Erst, wenn die zeugeneidlichen Vernehmungen vorliegen werden, werde man wissen, ob in dem vorliegenden Falle Beeinflussungen vorgekommen sind, und der Gewählte selbst würde darin eine gewisse Beruhigung finden.

Abg. Dr. Friedenthal empfiehlt den Antrag Baer. Wenn wirklich diejenigen Unregelmäßigkeiten, von welchen der Protest spricht, bei der Wahl vorgekommen wären, so würden dieselben doch keineswegs verschwendet auf die Wahl. Es sei daher nicht logisch gedacht, wenn man behauptet, daß auch darüber zeugeneidliche Vernehmungen stattfinden müßten, ob in der That die behaupteten Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Diese hätten auf das Stimmenverhältnis ja gar keinen Einfluß. Ferner müßte er Vermehrung dagegen einlegen, daß durch den Landrat eine Beeinflussung stattgefunden habe. Dies sei in dem Proteste selbst nicht behauptet; es sei in demselben nur davon die Rede, daß Gendarmen Wahlzettel vertheilt hätten, keineswegs aber davon, daß Gendarmen einen Einfluß zu Gunsten irgend eines Kandidaten haben geltend machen wollen. Man könnte doch aber unmöglich die Wahl überall da vernichten, wo Stimmzettel kolportiert worden sind. Nur wo es sich um bestimmte, unter Beweis gestellte Thaten, nicht bloß um allgemeine Behauptungen handle, sei ein Grund, eine Wahl zu beanstanden.

Abg. Ebert: Was offizielle Kandidaturen bedeuten, zeigt sich in Frankreich. Sie sind ein Anreiz zur Korruption und oft ihre Folge. Die größte Korruption aber ist es, wenn Landräthe berittene Gendarmen aussenden, um Wahlzettel zu vertheilen. Weil hier ein klassischer Fall der offiziellen Kandidatur vorliegt, muß das Haus dem Antrage des Abg. Dr. Banks, oder wenigstens doch dem Kommissionsantrage zustimmen.

Abg. v. Kardorff: Wie kann hier von einer offiziellen Kandidatur gesprochen werden, wo der Gegenkandidat, Herr Jung, zur nationalliberalen Partei gehört, welche sich jetzt mit Vorliebe die Regierungspartei nennt? Eine Wahlbeeinflussung ist doch darum nicht vorhanden, weil ein berittener oder Fuß-Gendarm Wahlzettel herumträgt.

Abg. v. Matzahn: Der Abg. Ebert hat von offiziellen Kandidaturen gesprochen. Es liegen aber Beweise vor, daß der Umschwung der Stimmung nicht durch den Landrat, sondern durch den Kreisrichter herbeigeführt worden ist, welcher den Protest verfaßt hat. Ich habe die Sache nicht zur Sprache bringen wollen, hielt mich aber für verpflichtet, es dennoch zu thun, nachdem so viele Vorwürfe wider den Landrat laut geworden sind.

Abg. Banks: Auf den Streit, ob die nationalliberalen Partei oder irgend eine andere die wahre Regierungspartei sei, will ich mich nicht einlassen. Es ist recht erquicklich und es trifft sich gut, daß er unmittelbar vor der Beratung über das Militärgefeß erhoben wird. Ob der Landrat selbst die Stimmzettel durch die Gendarmen hat vertheilen lassen, muß die Untersuchung ergeben und ich beantrage deshalb, die Sache zu untersuchen. Wenn einige Stimmen beeinflusst worden sind, so würde doch ohne den Einfluß in der That ein anderes Resultat sich ergeben haben. Das scheint mir vollkommen logisch zu sein, logischer jedenfalls, als wenn der Abg. Dr. Friedenthal meint, daß es bei der Berechnung auf einige Staben nicht ankomme.

Abg. v. Wallmoden: Ich bin in dieser Sache gewiß ganz unparteiisch, da mir der Kandidat der Gegenpartei beinahe noch weniger liebt, als der Gewählte, tous les deux sont pire. Ich glaube aber, daß das Kolportiren von Stimmzetteln für eine unberechtigte Beeinflussung zu halten ist, zumal das Kolportiren durch Gendarmen, denn der Gendarm ist der allerwirkamste Träger der obrigkeitslichen Autoritäten, der besonders auf die ländliche Bevölkerung einen ungeheure Einfluß ausübt. Ich empfehle Ihnen deshalb den Kommissions-Antrag.

Nach einer persönlichen Bemerkung Friedenthal gegen Banks und einem Schluswort des Referenten Grafen Bethy-Huc wird die Diskussion geschlossen.

Die Abstimmung über den Antrag Banks durch Aufstehen und Sitzenbleiben ist zweifelhaft und es wird zum ersten Mal zur Stimmenzählung nach der gestern geschlossenen Stauffenberg'schen Methode geschritten: die Abgeordneten verlassen den Saal, die Thüren werden bis auf zwei geschlossen, durch diese beiden Thüren auf der West- und Ostseite des Saales treten die Gegner resp. die Freunde des Antrags auf ein Zeichen, das der Präsident mit der Glocke gibt, ein und werden von je zwei Schriftführern abgezählt, die schließlich mit dem Präsidenten ihre eigenen Stimmen durch Ja und Nein abgeben. Die Zählung nimmt 7–8 Minuten in Anspruch, also den fünften Theil der Zeit, die eine namentliche Abstimmung erfordert.

Der Antrag Banks wird mit 149 gegen 140 Stimmen und mit demselben der Antrag der Abtheilung angenommen.

Die Wahl des Abg. Stumm (6. Trierischer Wahlkreis) wird ohne Diskussion für gültig erklärt.

Bei Gelegenheit des Wahls des Abg. Dr. Hanel beschwert sich Abg. Neimer über die bei dieser Wahl sowie bei vielen anderen vorgekommenen Unregelmäßigkeiten. Während man der "herrschenden Partei" gestattete, die Wahlzettel abzuscreiben und auszuheften, habe man dies den Minoritäten verweigert. Auch § 9 des Wahlgesetzes, welcher die Offenlichkeit der Wahl feststellt, sei vielfach verlegt worden, so z. B. in Berlin, wo er (Redner) selbst aus einem Wahlkasten entfernt worden sei, weil er nicht in den betreffenden Bezirk gehörte. Hier müßte entschieden Hilfe geschaffen werden und es sei wünschenswerth, daß ein diesbezüglicher Antrag gestellt werde.

Die Wahl des Abg. Dr. Hanel wird für gültig erklärt, desgleichen die des Abg. Abele (2. Braunschweigischer Wahlkreis).

Es folgt der Bericht über die Wahl des Rittergutsbesitzers v. Woedtke (7. Stettiner Wahlkreis). Die mit der Prüfung dieser Wahl betraute vierte Abtheilung beantragt, dieselbe für ungültig zu erklären. Im 5. und 87. Wahlbezirk sind nämlich in der Wählerliste 13 Personen nachträglich dazugekommen, und sind in Folge dessen diese Stimmen, die auf den Gegenkandidaten des Herrn v. Woedtke, nämlich auf den Erblandmarschall v. Flemming, gestellt, von dem Wahlkommissar nachträglich für ungültig erklärt worden, obschon der Wahlvorstand, dem allein diese

Inschrift 2 Sgr. die geschwungene Zeile oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, als an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgen 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittag angenommen.

Prüfung obliegt, sie für gültig erklärt hatte. Dadurch wäre aber die absolute Majorität derartig verändert worden, daß eine engere Wahl zwischen Herren v. Woedtke und v. Flemming nötig gewesen wäre. Abg. v. Uruh (Bonn) beantragt daher, jetzt noch diese engere Wahl vorzunehmen, die Abg. Dr. Schwarze und Graf Frankenberger dagegen beantragen, die Wahl nur zu beanstanden und Untersuchung darüber anzustellen, ob die bezeichneten Nachträge in gesetzäßiger Weise geschehen sind.

Über die verschiedenen Anträge erhebt sich eine sehr eingehende Debatte. Schließlich wird der Antrag Schwarze angenommen.

Es folgt der Bericht der dritten Abtheilung über die Wahl des Abg. Dr. Brande im 9. hannoverschen Wahlkreise. Von den dabei vorgekommenen Unregelmäßigkeiten wird in den Prothesen besonders hervorgehoben, daß an mehreren Orten die Wahlhandlungen nach 6 Uhr noch fortgesetzt worden seien, daß Gendarmen zur Agitation benutzt seien, daß man die Wähler vielfach durch Drohungen zu bewegen gesucht, für den "reichsfreundlichen" Kandidaten Dr. Brande zu stimmen.

Nach einer sehr lebhaften und langen Debatte, an welcher sich die Abg. Stepper, Ewald, v. Donimirski und Windthorst beteiligten, deren Reden von großer Unruhe und häufigen Rufen "zur Sache" unterbrochen wurden, wird die Wahl des Abg. Dr. Brande für gültig erklärt, über die gerügten Unregelmäßigkeiten aber eine genauere Untersuchung gefordert.

Schluf 4. Nr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Wahlprüfungen; Änderung des Münzgesetzes, betr. die österreichischen Vereinstaler; Nachtragsetat; Reichssapiergeld.)

Parlamentarische Nachrichten.

* Aus Lehrerkreisen in Magdeburg ist eine Petition an den Reichstag gerichtet, in welcher derselbe gebeten wird, geeignete Maßregeln zur Herbeiführung einer einheitlichen deutschen Orthographie zu ergreifen.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 10. April. Dem Bundesrath ist eine Denkschrift vorgelegt worden, in welcher die Nothwendigkeit nachgewiesen wird, für das Reichs-Eisenbahn-Amt noch in diesem Jahre ein eigenes Dienstgebäude zu erwerben und wird zu diesem Behufe der Ankauf des Hauses Einsstraße 44 für den Preis von 160,000 Thlr. in Vorschlag gebracht. Zur inneren Einrichtung des Hauses sind weitere 8000 Thlr. erforderlich, so daß sich die Gesamtausgabe auf 168,000 Thlr. beifürt, für welche im laufenden Etat Mittel nicht zur Verfügung stehen. Der Reichskanzler beantragt nun, sich mit dieser Summe entsprechenden nachträglichen Erhöhung der in dem Nachtrag zu dem Reichshaushaltsetat für 1874 vorgesehenen Ausgaben einverstanden zu erklären und zugleich anzustimmen, daß die Deckung jener Summe aus dem bei der Ausprägung von Reichsmünzen erzielten Gewinn, welcher die Mittel dazu noch bietet, zu erfolgen habe. — Es greift jetzt immer allgemeiner die Überzeugung Platz, daß es nicht möglich sein werde, die Session des Reichstages schon so bald, als man früher erwartet, zu Ende zu führen. Es ist daher die Frage angeregt worden, ob nicht eine längere Vertagung der Landtagssarbeiten einzutreten habe. In Regierungskreisen scheint man zu einer solchen weiteren Vertagung nicht geneigt zu sein, schon aus dem Grunde nicht, weil die fernere Dauer der Reichstagsession nicht zu berechnen ist. Es wird daher wohl keine formelle weitere Vertagung des Landtages erfolgen, sondern dieser ohne eine solche seine Arbeiten bis auf Weiteres ruhen lassen. — Meine Vermuthung, daß die gestrige Unterredung zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler nicht ohne bedeutenden Einfluß auf die Klärung der parlamentarischen Situation sein werde, wird von den heutigen Morgenblättern bestätigt. Namentlich scheint die "Nat. Ztg." bereits nähere Kenntnis von dem Inhalt der eingehenden Besprechungen erhalten zu haben. Wenn aber von verschiedenen Blättern die Mittheilung gebracht wird, daß bereits beschlossen sei, unter Beibehaltung der in dem Militärgefeß festgestellten Höhe der Präsenziffer auf ein weiteres Provisorium, nach Einigen von sieben Jahren, einzugehen, um so auch dem linken Flügel der nationalliberalen Fraktion, welcher seinen Widerspruch eben nur gegen die unbegrenzte Dauer der Feststellung richtet, den Beitritt zur Regierungsvorlage zu ermöglichen, so entspricht das meinen Informationen aus guter Quelle nicht. Danach wäre bis jetzt eine Entscheidung noch nicht erfolgt, die selbe vielmehr einer abermaligen Beratung des Kaisers mit den militärischen Autoritäten, namentlich mit dem Grafen Moltke, Herrn v. Kameke und dem General-Major v. Voigts-Rhetz, vorbehalten, welche heute stattfinden sollte. — Die Einrichtung von Post-Agenturen neben den Postämtern und Postexpeditionen bewährt sich so vorzüglich, daß die deutsche Postverwaltung derselben immer weitere Ausdehnung giebt. Es werden noch immer neue Postagenten angenommen; namentlich geschieht dies auf dem platten Lande.

△ Berlin, 10. April. Um zwei Uhr wurde es im Reichstage bekannt, daß in der Militärfrage zwischen der Regierung und der nationalliberalen Partei ein Kompromiß abgeschlossen worden ist auf siebenjährige Bewilligung der verlangten Mannschaftsziffer. Der formelle Abschluß wird inzwischen auch wohl schon erfolgt sein (vgl. oben unsere △-Korrespondenz!). Die große Mehrheit der nationalliberalen Partei wollte den § 1 blank annehmen. Da aber immerhin auch unter Zurechnung der Konservativen und trotz der Abwesenheit von 7 Elsässern noch einige Stimmen an der Mehrheit fehlten, so sah sich der rechte Flügel der Nationalliberalen, um die 20–30 mit Pastor und Stauffenberg Festgebliebenen vom linken Flügel zu gewinnen, gezwungen, entgegenzukommen. Vorher hatte, um falschen Gerüchten zu begegnen, in der Fortschrittspartei eine Gewissensprobe auf den § 1

*) Vgl. die Depesche in unserm heutigen Morgenblatt, Beilage Ned. der Posener Ztg.

stattgefunden, deren Ergebnis Lasker mitgetheilt wurde. An den Kompromiss-Verhandlungen hat die Fortschrittspartei nicht Theil genommen, dieselbe wird auch nicht für das Kompromiss stimmen, sondern die Verantwortlichkeit den Nationalliberalen überlassen. Durch die Ausdehnung der Bewilligung über zwei Legislaturperioden hinaus wird in die Rechte des künftigen Reichstages eingegriffen und die Regierung von vornherein so gestellt, daß sie in einer der wichtigsten Staatsfragen seiner Mitwirkung entbehren kann. Während gerade die gegenwärtige politische Situation und die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstages geeignet gewesen wäre, sich wieder in eine vollständig geordnete Behandlung des Militäretats hineinzugewöhnen, erschwert die siebenjährige Bewilligung erst recht den Übergang am Ende der Periode, sei es, daß die bis dahin angesammlte Opposition sich desto heftiger entlädt, sei es, daß, wie jetzt nach Ablauf des Pauschquantums, die Regierung sich gereizt fühlt, alsdann ein neues Stück Absolutismus zu erobern. — Es unterliegt jetzt wohl keinem Zweifel mehr, daß ohne den Druck, welchen die einseitig provozirten Demonstrationen in den Provinzen auf einzelne Abgeordnete geübt haben, eine dreijährige Bewilligung vom Reichstag angenommen werden wäre und auch die Regierung zufrieden gestellt hätte. — Die Fortschrittspartei wird für eine einjährige Bewilligung stimmen, weil solche allein einer geordneten budgetmäßigen Behandlung entspricht.

Berlin, 10. April. Bei der großen Spannung, mit welcher man von allen Seiten der bevorstehenden Debatte über das Militärgesetz im Reichstage entgegenseht, dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, wie man in höheren Beamtenkreisen über diese Frage denkt. Ein Civilbeamter, der die Armeeverhältnisse aus eigener Anschauung kennt, da er längere Zeit als Offizier im aktiven Dienste stand, äußerte neulich in einer Unterhaltung, daß die Festsetzung einer Präsenziffer für alle Zeiten weder im Interesse der Heeresorganisation, noch der Armeeverwaltung liege. Es würde nur dem „alten Schleswig“ Thür und Thür geöffnet, wenn ein für alle Mal die Präsenzzahl und somit zugleich die für dieselbe aufzubringenden Kosten feststeht. Damit wolle er jedoch keineswegs einem alljährlich zu vereinbarenden Militärbudget das Wort reden; vielmehr ist auch er der Meinung, daß eine gewisse Stabilität für eine Reihe von Jahren sowohl aus technischen, wie aus politischen Gründen unbedingt erforderlich sei. Andererseits aber erhält es den Geist der Armeeverwaltung frisch und lebendig, wenn letztere sich stets bewußt bleibt, nach Ablauf der bestimmten Frist sowohl über die Vergangenheit (wenigstens in formaler Weise) Rechenschaft ablegen, als auch für die neuen Forderungen mit Gründen eintreten zu müssen. Erwägt man nun bei dieser Sachlage außerdem die gewichtigen politischen Bedenken, welche selbst einen namhaften Theil der nationalliberalen Partei — und zwar mit Recht — gegen den § 1 der Regierungsvorlage trägt, so ist man wohl berechtigt, aus all dem den Schluss zu ziehen, daß die Majorität des Reichstags sich keineswegs durch den blinden Lärm, der in den letzten Tagen sich an manchen Orten zu Gunsten der Regierungsvorlage vernehmen ließ, ins Bockshorn jagen und weiter gehen wird, als Vernunft und Zweckmäßigkeit gründe ratzen.

DRC. Wie wir hören liegt es in der Absicht der Reichsregierung den Gesetzentwurf betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen, wie er jetzt dem Reichstage vorliegt, demnächst zurückzuziehen, und in neuer, und zwar solcher Form, welche dem Reichstage und seinen Intentionen genehm ist, noch in dieser Session wieder vorzulegen.

— In dem ersten Heft des XII. Jahrgangs des „Arbeiterfreundes“ tröstet der Herausgeber, Prof. Dr. Viktor Böhmert in Zürich, die deutschen Politiker über die Verstärkung, welche die Ultramontanen und die Sozialdemokraten im Reichstage durch die Wahlen erhalten haben. Er findet, daß diese Erfolge den Regierungen und den liberalen Parteien die Pflicht auferlegen, „durch Verbesserung des öffentlichen Unterrichts, durch Beseitigung des kirchlichen Zwanges und durch Förderung des freien Bildungswesens vor Allem die Massen zum Selbstdenken und Selbstprüfen und zu selbstständigem Handeln zu erzielen.“ Er findet es für das deutsche Reich nur heilsam, wenn große Minoritäten vertreten sind und öffentlich zu Wort kommen, statt im Geheimen wählen zu müssen. Die Gefahr der französischen Sozialdemokratie besteht darin, daß man sie weder in Versammlungen, noch in der Presse zu Wort kommen lasse und sie weder durch Unterricht noch durch das öffentliche Leben zu widerlegen suche. Die Schweiz habe bereits die Erfahrung gemacht, daß die Sozialdemokratie um so ungefährlicher werde, je öffentlicher man sie wirken lasse; Regierung und Volk würden im offenen parlamentarischen Kampfe mit extremen Parteien über die Strömungen in den Tiefen des Volkslebens nur besser unterrichtet und genötigt, über soziale und kirchliche Fragen etwas mehr als bisher nachzudenken. — Dass man es sich den Sozialdemokraten gegenüber angelegen sein lassen solle, mehr als bisher Aufklärung über wirtschaftliche Fragen direkt unter den Arbeitern zu verbreiten und dem Einfluß der sozialdemokratischen Flugschriften und Zeitungen größere Aufmerksamkeit zu widmen, scheint seit den Reichstagswahlen in vielen Kreisen angenommen zu werden. Dem Zentralausschuß der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung lag für seine letzte Sitzung ein Antrag in dieser Richtung vom bremer Zweigvereine (Dr. Lammers) vor. Man beschloß dem Antrage entsprechend, in Zukunft fortlaufende Flugschriften herauszugeben, welche die soziale Frage in belehrender Form behandeln.

— Der Minister des Inneren hat die Ober-Präsidenten der Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen ermächtigt, Anträgen auf Änderung der Benennungen der Ämte beizukommen, sofern erhebliche Gründe dafür sprechen, ohne vorherige Anfrage bei dem Minister stattzugeben.

Hannover, 8. April. Über die Damenklöster in der Provinz Hannover enthält der „Hamb. Corr.“ interessante Mittheilungen. In denselben heißt es:

Den hannoverschen Damenklöstern stand seither eine Abtissin vor, welche für ihre geringe, größtentheils nur in Repräsentation bestehende Mühaltung eine das Einkommen der übrigen Klosterdamen um mehr als das Doppelte übersteigende Einnahme bezog. Die Regierung, von der richtigen Ansicht ausgehend, daß das Stiftungsvermögen, seinem Zwecke entsprechend, nur dazu dienen solle, alleinstehenden Damen eine Zufluchtsstätte und eine sorgenlose Existenz zu gewähren, bietet die Stelle einer Abtissin mit Rücksicht auf den Kostenpunkt für überflüssig und änderte die Klosterordnung für die unter ihrer Verwaltung stehenden Klöster, die sogenannten königlichen Klöster, dahin ab, daß in Zukunft keine Abtissin, sondern nur eine Oberin mit verminderter Einnahme bestellt und dafür ein Klosterplatz mehr geschaffen würde. Die Maßnahme erregte unter den beteiligten Klosterdamen, welche die Ehre ihres Klosters durch die Abschaffung der Repräsentations-Dame, der Abtissin, gefährdet sahen, einen Sturm der Entrüstung, dessen letzte Schwingungen sich sogar in Deputationen an den

Kaiser und die Kaiserin verliessen. Glücklicherweise blieben diese Agitationen erfolglos und jetzt, wo seit einigen Wochen die auf diese Weise neu geschaffenen Klosterplätze zum Theil vergeben worden sind, fängt man auch in den beteiligten Kreisen an, daß Heilsame einer solcher Maßnahmen zu begreifen. Leider ist eine gleiche Reform in den sogenannten ritterhaften Klöstern, welche entweder ganz unabhängig von der Regierung sind, oder nur unter einer beschränkten Aufsicht derselben stehen, nicht durchführbar gewesen, obwohl hier das Bedürfnis dafür ein nicht minder zwingendes ist. So gemeint z. B. die Abtissin eines lüneburgischen Klosters neben freier Wohnung eine Einnahme von nicht weniger als fünfzehnhundert Thalern, eine Summe, die zur Errichtung von drei neuen Klosterplätzen und damit zur Versorgung von drei mittellosen Damen völlig ausreichen würde, während sie, zur Repräsentation verwandt, nur der weiblichen Eitelkeit zu Gute kommt. Ueberhaupt haben sich in diese Klöster manche Missstände eingeschlichen. Auf eine Abhilfe aus eigener Initiative ist kaum zu hoffen, wenn nicht die Regierung wenigstens auf die unter ihrer Aufsicht stehenden Klöster einen gelinden Druck ausübt. Die Klosterordnung für das Fürstenthum Lüneburg, in dessen Bezirke die Mehrzahl dieser Klöster belegen ist, bietet hierzu insofern keine ungeeignete Handhabe, als sie den Klosterdamen gewisse Verpflichtungen, z. B. die Erziehung armer Kinder, Annahme von sogenannten Lehrkindern, auferlegt, deren sie, soweit solche nicht in Außerordentlichkeiten, wie das Tragen der Klostertrachten und des Klosterordens, bestehen, sich längst entschlagen haben. Die Staatsregierung würde sich gewiß innerhalb der Schranken ihres Aufsichtsrechts, wenn sie auf die Erfüllung dieser Verpflichtungen, oder, soweit solche nicht mehr zeitgemäß sind, auf die Uebernahme anderweitiger adäquater Verbindlichkeiten hielte. Würde sie daneben auf die Vergabeung der Klosterplätze, welche jetzt den Abtissinnen zu steht, ein wachsames Auge werfen dürfen, so würden die letzteren sicherlich sich von dem Alpe des sie umlagernden Nepotismus befreit fühlen.

Hagen, 9. April. Das Beispiel der 152 von Herdecke soll hier nachgeahmt werden. Auch von hier aus zirkuliert eine „bereits mit zahlreichen Unterschriften verschene“ Adress an Herrn Eugen Richter in den verschiedenen Ortschaften des Wahlkreises und wird am Sonnabend nach Berlin abgesandt werden. Die Schlussätze der Adresse lauten: „Wir sind nicht berechtigt und gewillt, Ihnen Ihre Abstimmungen vorzuschreiben, glauben aber, Ihnen nicht vorenthalten zu dürfen, daß ein längeres Beharren bei der bisher von Ihnen der Militärgesetz-Vorlage gegenüber beobachteten Haltung Sie in direkten Widerspruch mit den Gesinnungen der großen Mehrheit Ihrer Wähler bringen würde.“

München, 8. April. Ueber die Theilnahme an dem Hinscheiden Kaulbach's schreibt man der „N-Z.“:

Seit langer Zeit hat kein Todestfall in unserer Stadt eine so allgemeine und innige Theilnahme erregt, führt doch jeder, welchen schweren und herben Verlust wir und mit uns das gesamte Vaterland, zu dessen edelsten Söhnen Kaulbach zählte, eritten haben. Am Schluß der heutigen Sitzung unseres Gemeinde-Kollegiums äußerte dessen erster Vorsteher, Dr. Moritz Guggenheimer: „Es wird mir eben die offizielle Mittheilung von dem gestern Abends 8 Uhr erfolgten plötzlichen Dahinscheiden des Herrn Directors Wilhelm v. Kaulbach. Ich kann nicht umhin, den Gefühl des heftigen Schmerzes und der tiefen Trauer über diesen Todesfall hier Ausdruck zu verleihen. Auf dem Kulminationspunkt irdischen Ruhms angelangt, wurde er inmitten rastlosen künstlerischen Schaffens seiner Familie, der Kunst, unserer Stadt und der Welt plötzlich entrissen. Was wir alle an ihm verloren, wird von Ihnen allen gewiß mit mir auf das Lebhafteste empfunden. Von anderer Seite wird des großen Talents in ihm gedacht werden. Wir selbst aber haben in diesem Augenblicke die Pflicht, zu konstatiren, wie wir in bürgerlichen Kreisen die überaus hohen Verdienste wohl zu würdigen wissen, die sich der Verstorbenen nach allen Seiten hin erwarb. Ich erwünsche, der Künstlerin Empfindung, der Verehrung und der Tugend für den Verstorbenen ein äußeres Kennzeichen zu geben dadurch, daß Sie sich von Ihren Sitzen erheben.“ Das Kollegium erhob sich demnächst — bis auf einige ultramontane Mitglieder, unter welchen sich auch der Landtagsabgeordnete Advokat Freitag befand, ein Verfahren, das allgemeine Indignation erregte. Die Leiche Kaulbach's wurde heute Mittag im allgemeinen Leichenhaus beigelegt, und Freitag Nachmittag wird das feierliche Leichbegängnis — wie wir hören ohne Geistlichkeit — stattfinden. Unser König hat bereits heute an die Witwe Kaulbach's ein eigenhändiges Condolenzschreiben gerichtet, in welchem der tiefste Schmerz über den großen Verlust, welchen die Familie, die Kunst und das gesamme Vaterland eritten haben, ausgedrückt wird.

Paris, 9. April. Das Parteidrama ist trotz der parlamentarischen Ferien lebhaft im Gange und die Vereinigung der beiden Zentren bildet selbstverständlich noch immer den Kardinalpunkt, um den sich Alles dreht. Dies von Broglie ausgesuchte parlamentarische Künstlertüchlein, soll bekanntlich der in letzter Zeit hinfälliger als je gewordenen Regierung des moralischen Regiments und dem Kabinett Broglie und Roncourt wieder auf die Beine helfen, ihm eine Majorität in der Assemblée schaffen. Begreiflichermaßen süßt ein solches Projekt auf dem heftigsten Widerstand der republikanischen, bonapartistischen und sonstiger Blätter ähnlicher Richtungen. Manche Journale, z. B. die „Republ. franc.“ geht sogar soweit, das Vorhandensein der Zentren Fusionstreben hinweg disputation und in's Lächerliche ziehen zu wollen. Damit wird das Projekt selbst aber noch nicht aus der Welt geschafft und es liegt aller Grund vor, zu glauben, Broglie werde an der Ausführung derselben kampfhaft arbeiten und daran festhalten, das Gelingen derselben sogar zu einer Bedingung seines weiteren Verbleibens im Amt machen. In diesem Tone reden wenigstens die beiden Oberoffizieren „Presse“ und „Français“. Dem entgegen steht aber eine im „Moniteur“ (gleichfalls offiziös, aber nur selten als Sprachrohr Broglie's angewandt) veröffentlichte Note, welche sich hinsichtlich der Zentrenfusion sehr skeptisch ausspricht, dagegen der äußersten Rechten mit einer Auflösung der Kammer droht. Es heißt da:

Wir sehen mit Bedauern, daß ein gewisser Bruchteil der legitimistischen Partei auf eine falsche Beurtheilung seiner Interessen und der konserватiven Partei beharrt und sich einbildet, daß man nach den Ferien die monarchische Frage nochmals aufstellen könnte. Es scheint, daß man in diesem Sinne Feldzugplan ausarbeiten, der die Wiederaufnahme der Proposition Duhrel sein würde. Ferner soll der Graf von Chambord nach den verbreiteten Gerüchten entschlossen sein, die Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen und die Absticht haben, ihnen einen direkteren und persönlicheren Impuls zu geben. Wir wohnen mit tiefer Betrübnis den Vorbereitungen zu einem Kampf an, welchen wir nutzlos zu neuen wägen. Wenn es der legitimistischen Partei, oder, um bestimmt zu sprechen, wenn es einem bedeutenden Bruchteil derselben gelingt, von dem Ministerium 100 Stimmen loszutrennen, um einer monarchischen Restauration nachzulaufen, welche nicht mehr aus einem regelmäßigen Votum der National-Versammlung hervorgehen kann, so wird die Auflösung nicht mehr auf sich warten lassen. Die Regierung hat keinen Zweifel in dieser Beziehung. Es liegt auf der Hand: außerhalb der gegenwärtigen Bedingungen der Majorität besteht keine lebensfähige Kabinett-Kombination mehr. Wir wollen gern zugeben, daß unter den Mitgliedern des linken Zentrums eine unbestimmte Idee besteht, wenn die Erz-Legitimisten und Bonapartisten ausgeschlossen werden, sich der Regierung anzunähern, aber wenn das linke Zentrum nicht die Anzahl der Stimmen mitbringt, die der gleichkommt, welche es ausgeschlossen haben will, so werden die Legitimisten, welche gegen

das Septennium den Krieg führen, einfach das Gebäude wieder aufgebaut haben, welches sie am 24. Mai zerstören halfen. Man darf nicht die dringlichen Forderungen, die ausschließlich dem Partei angehören. Deshalb beharren wir auf dem Glauben, daß der bis den Legitimisten gegen das Septennium unternommene Kampf nur wenigen Deputirten unterstellt werden wird und daß das Ministerium, wenn es dazu gezwungen wird, den Kampf annehmen kann.“

Nach anderen Versionen soll der Marschall-Präsident der Ausführungen der jetzigen Kammer vor der definitiven Begründung der „Septennial-Republik“ abgezogen sein, darnach müßte also in den ausgeschlagenden Kreisen dennoch die Hoffnung bestehen, die von der Regierung thebaabstigmten, theils bereits eingebrochenen Entwürfe mit hinreichender Majorität angenommen zu sehen.

Versailles, 9. April. Seit zwei Tagen hat zu Buc (nur wenige Kilometer von hier) der Bau der neuen Festungswerke begonnen. Drei der neuen Forts, die von Buc, Balleray und Saint-Cyr, sollen dieses Jahr zum wenigsten beendet werden. Saint-Cyr soll eben so stark werden wie der Mont Valérien. Der Turm ist gegenwärtig von Genie-Offizieren bereit, da dem Unternehmen noch mehrere Punkte desselben befestigt werden sollen. Alle diese Arbeiten werden jetzt mit dem größten Eifer betrieben. — Die hiesige Regierung hat jetzt offen Partei gegen die französischen Altkatholiken ergriffen, und bereits wurde ein Manifest, welches dieselben von Gott aus nach Frankreich gesandt, an der Grenze weggenommen. Um eine solche Handlungswise zu rechtfertigen, läßt die Regierung in ihren Journals die Nachricht verbreiten, daß „der Ex-Pater Hyacinth in seiner Sach gewonnen worden sei, welche die Ultra-Radikalen vertheidigen und daß sie genötigt gewesen sei, von der Schweiz die Auslieferung eines der Pfarrer der neuen sogenannten alkatholischen Kirche zu verlangen, der des Diebstahls, der Beträgerei und des Missbrauchs de Vertrauens angeklagt sei.“

London, 9. April. Ueber die Kämpfe vor Bilbao bringt die „Times“ nachträglich einige interessante Mittheilungen ihres Berichtstellers im karlistischen Hauptquartier. Wir geben den Inhalt derselben der Haupthandlung nach wieder:

Der Gewährsmann des englischen Blattes spricht zunächst seine Bewunderung darüber aus, daß der Hauptangriff Seitens der Republikaner bis auf den 27. hinausgeschoben wurde; denn — bemerkt er — wenn Serrano schon am zweiten Tage im Zentrum um in rechten Flügel mit demselben Ungeheuer wie am dritten angegriffen hätte, so wären die wichtigen Positionen von San Pedro und San Julian genommen worden und die Karlisten hätten sich urliebig ausgespielt. Die Überlegenheit der Republikaner im Punkte der Artillerie wurde bald von den Karlisten empfunden, denn das Dorf Carreras, welches vor ihrem Zentrum lag, mußte gleich von Anfang Preis gegeben werden. Am zweiten Tage, den 26., unterhielten die Republikaner ein beständiges Geschütz- und Kleingewehrfeuer, das übrigens die Karlisten nur dann eine Erwideration ernteten, wenn die Feinde Miere machten, weiter vorzurücken. Die Karlisten zeigten überhaupt bei dieser Gelegenheit viel Ruhe und gesunden Menschenverstand. Wenn sie den ganzen Tag geschossen und wenig Schaden angerichtet hätten, so erfüllten sie höchstens die feindlichen Truppen mit Zuversicht, während sie durch ihr ruhiges Zuwarten, auf welches ein heftiges Ausrücken der Republikaner schwere Salven folgten, die heftige Wirkung erzielten. An diesem Tage befudte ich einige der karlistischen Verschanzungen, wo das Feuer am stärksten war und fand den Kugelregen, der dort über die Köpfe hinwegpfiff, wirklich furchtbar. Das Musterefeuer hat übrigens wenig Schaden, wofürgegen das Artilleriefeuer mitunter sehr unbekümmert und empfindlich veranlaßte. Nicht nur wurden viele Soldaten getötet und verwundet, sondern vielfach wurde auch die Infanterie überwältigt. Die spanische Soldaten glückt sich indessen gut hinter einer Deckung, und die Bassen scheinen bessere Nerven zu haben als ihre Gegner, denn sie halten sich unter den schrecklichen Explosionsen der einschlagenden Granaten ganz prächtig. Was den Erfolg des dritten Tages anbelangt, so besteht derselbe darin, daß sich die Republikaner in dem Dorf Bucheta und einer Gruppe von sechs Häusern festgesetzt haben. Die sechs Häuser sind von großer Wichtigkeit, da sie San Pedro in die Flanke nehmen. Wahrscheinlich werden dort Geschütze aufgestellt werden, um die Karlisten aus San Pedro hinauszutreiben, und falls dieser Plan glückt, so werden sich die Karlisten zurückziehen müssen. Sollten jedoch die Karlisten die Geschütze nehmen, was ja keineswegs unwahrscheinlich ist, falls derselben so nahe an die Verschanzungen herangebracht werden, so könnte Serrano noch alles einbüßen, was er bereits gewonnen. Während der dreitägigen Kämpfe haben die Karlisten etwa 2000 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Die Verluste der Republikaner müssen nach allem, was man schon kannte, noch weit größer sein. Die Artillerie der Republikaner war gut bedient, dagegen war das Infanteriefeuer äußerst wild. Was die karlistische Armee anbelangt, so befindet sich dieselbe in trefflichem Gesundheitszustande, und ich glaube, daß das Verbündnis der Karliste gering ist. An Lebensmittel fehlt es nicht und Tabak ist fast ausreichend. Was den Erfolg des dritten Tages anbelangt, so besteht derselbe darin, daß sich die Republikaner in dem Dorf Bucheta und einer Gruppe von sechs Häusern festgesetzt haben. Die sechs Häuser sind von großer Wichtigkeit, da sie San Pedro in die Flanke nehmen. Wahrscheinlich werden dort Geschütze aufgestellt werden, um die Karlisten aus San Pedro hinauszutreiben, und falls dieser Plan glückt, so werden sich die Karlisten zurückziehen müssen. Sollten jedoch die Karlisten die Geschütze nehmen, was ja keineswegs unwahrscheinlich ist, falls derselben so nahe an die Verschanzungen herangebracht werden, so könnte Serrano noch alles einbüßen, was er bereits gewonnen. Während der dreitägigen Kämpfe haben die Karlisten etwa 2000 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Die Verluste der Republikaner müssen nach allem, was man schon kannte, noch weit größer sein. Die Artillerie der Republikaner war gut bedient, dagegen war das Infanteriefeuer äußerst wild. Was die karlistische Armee anbelangt, so befindet sich dieselbe in trefflichem Gesundheitszustande, und ich glaube, daß das Verbündnis der Karliste gering ist. An Lebensmittel fehlt es nicht und Tabak ist fast ausreichend. Was den Erfolg des dritten Tages anbelangt, so besteht derselbe darin, daß sich die Republikaner in dem Dorf Bucheta und einer Gruppe von sechs Häusern festgesetzt haben. Die sechs Häuser sind von großer Wichtigkeit, da sie San Pedro in die Flanke nehmen. Wahrscheinlich werden dort Geschütze aufgestellt werden, um die Karlisten aus San Pedro hinauszutreiben, und falls dieser Plan glückt, so werden sich die Karlisten zurückziehen müssen. Sollten jedoch die Karlisten die Geschütze nehmen, was ja keineswegs unwahrscheinlich ist, falls derselben so nahe an die Verschanzungen herangebracht werden, so könnte Serrano noch alles einbüßen, was er bereits gewonnen. Während der dreitägigen Kämpfe haben die Karlisten etwa 2000 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Die Verluste der Republikaner müssen nach allem, was man schon kannte, noch weit größer sein. Die Artillerie der Republikaner war gut bedient, dagegen war das Infanteriefeuer äußerst wild. Was die karlistische Armee anbelangt, so befindet sich dieselbe in trefflichem Gesundheitszustande, und ich glaube, daß das Verbündnis der Karliste gering ist. An Lebensmittel fehlt es nicht und Tabak ist fast ausreichend. Was den Erfolg des dritten Tages anbelangt, so besteht derselbe darin, daß sich die Republikaner in dem Dorf Bucheta und einer Gruppe von sechs Häusern festgesetzt haben. Die sechs Häuser sind von großer Wichtigkeit, da sie San Pedro in die Flanke nehmen. Wahrscheinlich werden dort Geschütze aufgestellt werden, um die Karlisten aus San Pedro hinauszutreiben, und falls dieser Plan glückt, so werden sich die Karlisten zurückziehen müssen. Sollten jedoch die Karlisten die Geschütze nehmen, was ja keineswegs unwahrscheinlich ist, falls derselben so nahe an die Verschanzungen herangebracht werden, so könnte Serrano noch alles einbüßen, was er bereits gewonnen. Während der dreitägigen Kämpfe haben die Karlisten etwa 2000 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Die Verluste der Republikaner müssen nach allem, was man schon kannte, noch weit größer sein. Die Artillerie der Republikaner war gut bedient, dagegen war das Infanteriefeuer äußerst wild. Was die karlistische Armee anbelangt, so befindet sich dieselbe in trefflichem Gesundheitszustande, und ich glaube, daß das Verbündnis der Karliste gering ist. An Lebensmittel fehlt es nicht und Tabak ist fast ausreichend. Was den Erfolg des dritten Tages anbelangt, so besteht derselbe darin, daß sich die Republikaner in dem Dorf Bucheta und einer Gruppe von sechs Häusern festgesetzt haben. Die sechs Häuser sind von großer Wichtigkeit, da sie San Pedro in die Flanke nehmen. Wahrscheinlich werden dort Geschütze aufgestellt werden, um die Karlisten aus San Pedro hinauszutreiben, und falls dieser Plan glückt, so werden sich die Karlisten zurückziehen müssen. Sollten jedoch die Karlisten die Geschütze nehmen, was ja keineswegs unwahrscheinlich ist, falls derselben so nahe an die Verschanzungen herangebracht werden, so könnte Serrano noch alles einbüßen, was er bereits gewonnen. Während der dreitägigen Kämpfe haben die Karlisten etwa 2000 Mann an Toten und Verwundeten verloren. Die Verluste der Republikaner müssen nach allem, was man schon kannte, noch weit größer sein. Die Artillerie der Republikaner war gut bedient, dagegen war das Infanteriefeuer äußerst wild. Was die karlistische Armee anbelangt, so befindet sich dieselbe in trefflichem Gesundheitszustande, und ich glaube, daß das Verbündnis der Karliste gering ist. An Lebensmittel fehlt es nicht und Tabak ist fast ausreichend. Was den Erfolg des dritten Tages anbelangt, so besteht derselbe darin, daß sich die Republikaner in dem Dorf Bucheta und einer Gruppe von sechs Häusern festgesetzt haben. Die sechs Häuser sind von großer Wichtigkeit, da sie San Pedro in die Flanke nehmen. Wahrscheinlich werden dort Geschütze aufgestellt werden, um die Karlisten aus San Pedro hinauszutreiben, und falls dieser Plan glückt, so werden sich die Karlisten zurückziehen müssen. Sollten jedoch die Karlisten die Geschütze nehmen, was ja keineswegs unwahrscheinlich ist, falls derselben so nahe an die Verschanzungen herangebracht werden, so könnte Serrano noch alles einbüßen, was er bereits gewonnen. Während der dreitägigen Kämpfe haben die Karlisten etwa 2000

marine gegenwärtig nicht die Verlegung der Operationen in die Nordsee gestattet, wohl aber könne Russland ein großes Geschwader bei der Insel Deli aufstellen, den Feind am Austritten der Truppen hindern und die Küsten verteidigen, da die Stärke der russischen Riffpanzerfahrzeuge die der deutschen Flotte bedeutend übertrifft. Die schwache Seite der russischen Panzerschiffe bestehen weniger in der geringen Dicke des Panzers, als in der geringen Höhe der Batterien über dem Meeresspiegel, die bei Wellenschlag eine Wirkung der Gewalt unmöglich macht.

Aus Washington wird gemeldet, daß der soeben auf Kuba eingetroffene neue Generalkapitän, General Toncha, eine Proklamation erlassen habe, in der er erklärt, daß er seine Funktionen mit Energie handhaben werde. Im Übrigen fordert er zur Versöhnung und Einigkeit auf, verbietet jegliche Agitationen und erklärt, daß die Lösung der Sklavenfrage vorläufig noch aufgeschoben bleiben müsse. Das "Mémorial diplomatique" gibt nähere Details über den von wohlbart dramatischen Umständen begleiteten Tod Cespedes', des früheren "Präsidenten der kubanischen Republik". Gesagt und verfügt bis zum Aeußersten von den spanischen Freiwilligen, fand Cespedes endlich ein Asyl, welches er mit einem einst von ihm freigelassenen Neger teilte, der ihn auf allen seinen Feldzügen begleitete. Der Neger, von dessen Treue Cespedes überzeugt zu sein meinte, verriet ihn, um seinen eigenen Kopf zu retten, an die Spanier, welche nun den Präsidenten überrumpelten. Dieser zog aber vor, sein Leben so thener als möglich zu verkaufen, um nicht seinen Feinden die Befriedigung zu gewähren, ihn in den Rücken zu stossen, was sie sicherlich gethan hätten. Er fiel, von Angeln durchschüttet, mit dem Ruf: "Es lebe das freie Cuba!" Carlos Manuel Cespedes hat sich, obgleich in Spanien erzogen, wo er auch seine Universitätstudien machte, schon früh durch seinen Eifer für die kubanische Sache hervor. Am 9. Oktober 1868 proklamierte er auf seiner Plantage in Moyaña die Unabhängigkeit der Insel und befreite am selben Tage seine Sklaven, deren Zahl sich auf vier- bis fünfhundert belief. Zweihundert von ihnen ergriffen die Waffen und folgten ihm in allen seinen Kämpfen. Am 10. April 1869 wurde er zum "Präsidenten der kubanischen Republik" erwählt und seit diesem Tage war sein Leben eine Kette von Leidern und Entbehrungen, die er sietsheldemuthig ertrug. Nachdem seine Güter konfisziert, seine Häuser von den spanischen Soldaten verbrannt, seine Söhne erschossen oder an seiner Seite gefallen waren, unterlag er selbst durch den Verlust eines Oberschenkels, deren Befreiung das Hauptziel seines Lebens war.

Besondere Schwierigkeiten verursacht mehrfach die Auffindung geeigneter Industrie-Lehrerinnen. Wo nicht die Frauen oder erwachsenen Töchter der Lehrer den zu Unterricht erhalten können, da hält es meist schwer, eine geeignete Persönlichkeit dafür zu finden. Die sonstigen Mätherinnen etc. auf dem Lande sind in der Regel entweder physisch oder moralisch nicht qualifiziert dazu. Daher muß beim besten Willen der Behörden und Gemeinden der Handarbeits-Unterricht in mehreren Fällen bis auf Weiteres unterbleiben. Uebrigens erwachsen den Gemeinden durch die Einführung des Industrie-Unterrichts nicht unerhebliche Kosten, die einschließlich der Bezahlung der Lehrerin, des Unterrichts-Materials, eines Schrankes zum Aufbewahren der Arbeiten etc. auf 20 bis 30 Thlr. jährlich sich belaufen und die Gemeinden nicht besonders günstig für den sonst als notwendig erachteten Unterricht stimmen. — Ganz ähnlich war es vor 12 Jahren bei der allgemeinen Einführung des Turnunterrichts in den Landschulen. Da mußten überall Turngeräthe angekauft werden, die seitdem größtentheils durch den Einfluß der Witterung zerstört, vielfach auch durch ruchlose Hände zerbrochen oder gar gestohlen worden sind. Einen wesentlichen Fortschritt hat daher das Turnen in den Landschulen wegen mancherlei anderweitiger Hindernisse und trotz der Beschaffung der kostspieligen Turngeräthe, nicht gemacht. Ein Haupthindernis dagegen war und ist noch jetzt, daß viele Landlehrer, namenlich die älteren resp. die außerhalb eines Seminars vorgebildeten, selbst keine Turner und folglich auch nicht im Stande sind, einen regelrechten Turnunterricht, besonders mit Benutzung von Geräthen, zu ertheilen. Der überall eingeführte "Leitfaden" vermag im besten Willen der Lehrer den Mangel ihrer Vorbildung in dieser Beziehung nicht zu ersetzen. Ueberdies dürfen auch in den meisten Fällen, wie die Behörden selbst anerkann haben, für die Landschulen Freiübungen genügen, und die Kosten des Wiederaufbaues der defekten oder ganz verschwundenen Turngeräthe gepaart werden können.

g. Jutroschin, 10. April. [Unfall.] Eine hiesige, sehr achtungswerte Familie unternahm am 2. Osterfeiertage eine Fahrt nach dem benachbarten schlesischen Städtchen Freihain, welche für sie leicht ein großes Unglück hätte zur Folge haben können. Nachdem die Insassen des Wagens in eine Restauration eingekrochen und die Pferde abgesträngt worden waren, befahlte ein Bengel ein mit Pulver gefülltes Fläschchen am Wagen und zündete dasselbe an. Infolge der dadurch entstandenen Explosion wurden die Pferde schwer, gingen mit dem Wagen durch, der bald in Stücke umhergestreut lag, sommt den in demselben befindlichen Gegenständen. Ein großes Glück war es, daß sich Niemand im Wagen befand. Leider konnte man den Missethäter nicht feststellen, da der in Abwesenheit des Bürgermeisters herbeigeholte Stellvertreter desselben sich nicht dazu verstecken möchte, den Sachverhalt zu Protokoll zu nehmen. Die ganze Angelegenheit ist der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Da der Wagen ein geliehener ist, so bleibt es Rechtsfrage, wer den Schaden zu tragen hat.

Staats- und Volkswirthschaft.

**** Berlin,** 10. April. Wochenübersicht der preußischen Bank vom 7. April.

Aktiva.		
1. Geprägtes Geld und Barren	Thlr. 239,323,000	— 537,000
2. Kassen-Anweisungen, Privat-Banknoten u. Darlehnskassen-Scheine	= 4,562,000	— 567,000
3. Wechsel-Bestände	= 136,089,000	— 4,058,000
4. Lombard-Bestände	= 25,106,000	— 1,281,000
5. Staats-Papiere, verschiedene Forderungen und Aktiva	= 4,503,000	— 407,000
Passiva.		
6. Banknoten in Umlauf	Thlr. 296,064,000	+ 1,030,000
7. Depositen-Kapitalien	= 31,182,000	+ 668,000
8. Guthaben der Staatskassen, Institute und Privatpersonen, mit Einschluß des Giro-Verkehrs	= 50,349,000	— 6,046,000

Vorstehender Ausweis konstatirt eine Abnahme des Baarbestandes und des Bestandes an Kassen-Anweisungen u. s. w. um je $\frac{1}{2}$ Million und eine Vermehrung des Banknotenumlaufs um etwas über 1 Million. Dem gegenüber steht jedoch eine Abnahme des Portefeuilles um über 4 Millionen. Auch die Lombardbestände haben sich um $\frac{1}{2}$ Million verminder; das Staatsguthaben zeigt gegen den letzten Ausweis ein Minus von über 6 Millionen, wodurch die Abnahme der Baarbestände und die Vermehrung der Notenirkulation erklärt wird. Die letztere ist durch den gegenwärtigen Baarvorrath zu ca. 84 Prozent gedeckt.

**** Die Ausweise fremder Banken.** Das steigende Kreditbedürfnis, welches die zeitvergangenen londoner und pariser Bankausweise zeigten und das immerhin nach einer überlangen Stagnation als eine glückliche Aenderung begrüßt werden konnte, ist in den in unserm heutigen Morgenblatte mitgetheilten Wochenübersichten der Banken von England und von Frankreich nicht mehr bemerkbar. Die Londoner Bank hat dem Staate 2,800,000 Pfund seines Guthabens, und wie es scheint, fast drei Viertel dieses Betrages in Wechseln (das Portefeuille hat eine Erleichterung von über 2 Millionen erfahren) ausgezahlt; alle übrigen Aenderungen des Ausweises dieser Bank sind von verhältnismäßig geringem Umfange. Der Status der Bank von Frankreich hat eine noch trübere Physiognomie: die Einlagen der Privaten haben um fast 19 Millionen Francs zugenommen; und hieraus mehr, als aus dem fortgesetzten Bestreben der Bankverwaltung den Metallschatz zu verstärken, folgt die diesjährigen Veränderungen des Notenumlaufes um über 17 Millionen sammt der Erhöhung der Kasse um $\frac{1}{2}$ Millionen Francs. Der Wochenausweis der österreichischen Nationalbank ist wieder ohne alles Interesse.

**** Dels-Gnesener Bahn.** Schon vor einigen Wochen wurde es allgemein als wahrscheinlich bezeichnet, daß die Rechte-Oder-Ufer-Bahn sich entschließen würde, den Betrieb der Dels-Gnesener Bahn zu übernehmen und im Zusammenhange damit die Stammprioritäten der letzteren für 10 Jahre mit einer Zinsgarantie von 4 Prozent zu verleihen. Die in unserem gestrichen Mittagblatt zum Abdruck gelangte Depesche aus Breslau bestätigt diese Nachricht und giebt zugleich die Hoffnung, daß es nunmehr gelingen dürfte, die in der letzten Zeit aufs Höchste gestiegenen Verlegenheiten der Eisenbahngesellschaft F. Blechner & Co., wenn nicht ganz, so doch zu einem bedeutenden Theil zu beseitigen. Allerdings fehlt für den betreffenden Beschluss noch die Zustimmung des Verwaltungsraths und der Generalversammlung der Rechte-Oder-Ufer-Bahn-Gesellschaft, sowie die Genehmigung des Handelsministers, man darf aber wohl voraussetzen, daß die Direktion der obengenannten Bahn bei ihren Verhandlungen nicht ohne Fühlung mit den anderen bestimmt Faktoren gewesen ist, und was speziell die Stellung des Handelsministers anlangt, so dürfte für dieses in erster Reihe das Moment maßgebend sein, daß das Zustandekommen der Dels-Gnesener Bahn, die bereits ziemlich weit im Bau vorgeschritten ist, dadurch gesichert erscheint. Zur Klärstellung der thatsächlichen Verhältnisse der Dels-Gnesener Bahn erwähnt die heutige "Börsen-Ztg.", daß das Anlagekapital derselben aus 4,650,000 Thlr. Stammprioritäten und 3,100,000 Thlr. Stammatkien besteht (die Stammprioritäten sind bekanntlich ganz im Besitz der Blechner'schen Gesellschaft, die Stammatkien sind theilweise von den Agenten der Bahn gezeichnet und übernommen). Die Konzession der Gesellschaft datiert vom 17. Juni 1872; sie wurde einige Wochen später, als in dem Vertrag zwischen der Dels-Gnesener Gesellschaft und ihrem Finanzkonsortium angenommen war, ertheilt und das letztere nahm hieraus, da inzwischen die Verhältnisse des Geldmarktes sich verschlechtert hatten, Veranlassung, von seinem Kontrakt zurückzutreten und sich ganz aus dem Unternehmen herauszuziehen. Die Böllnung und Inbetriebnahme der Bahn soll nach der Konzessionsertheilung erfolgen; doch waren die Einrichtungen so getroffen, daß schon gegen Ende des laufenden Jahres die Betriebseröffnung hätte erfolgen können, wenn die Ver-

hältnisse der Blechner'schen Gesellschaft haltbar gewesen wären. Der letzte Baubericht von der Dels-Gnesener Bahn, welcher vorliegt, datirt von Ende Oktober 1873, damals war der Grunderwerb auf der ganzen Strecke vollendet, die Erdbauten und Brücken waren überall in Angriff genommen und das Legen des Oberbaus sollte im Dezember beginnen. Im Übrigen ist eine Fortsetzung der Dels-Gnesener Bahn nach Norden sowohl (Nadel-Bromberg) wie nach Süden (Dels-Brieg und Mühlisch-Breslau, projektiert), ein Projekt, das jetzt vielleicht mehr in den Vordergrund tritt.

**** Polnisch-Wartenberg,** 10. April. In der heute hier stattgehabten Generalversammlung der Breslau-Warschauer Eisenbahn-Gesellschaft gelangte ein Schreiben zum Handelsministers zur Verlesung, wonach die Genehmigung einer Prioritätsanleihe, im Betrage von 250,000 Thlr., in Aussicht gestellt wird, sobald das Gesellschaftsstatut den Bestimmungen des Handelsgesetzbuchs entsprechend abgeändert werde. Es soll daher demnächst eine außerordentliche Generalversammlung beabsichtigt werden, um die Statuten einberufen zu lassen. Die heutige Generalversammlung beschloß demnächst die Aufnahme einer Anleihe von 250,000 Thlr. und beantragte den Verwaltungsrath mit Ausführung dieses Beschlusses. — Der Antrag auf Überlassung des Betriebs der Breslau-Warschauer Bahn an die Direktion der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn wurde zurückgewiesen.

**** Leipzig,** 10. April. In der heute hier abgehaltenen ordentlichen Generalversammlung der Leipzig-Eisenbahn-Gesellschaft wurde dem Vorstand und dem Verwaltungsrath einstimmig Decharge ertheilt und die Interessenstellung des Reichsgenossen genehmigt. Die statutenmäßig ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrathes wurden wiedergewählt.

**** Sp. Et. konsolidirte Russische Eisenbahn-Obligationen**

3. Emission. Verlobung vom 26. März 1874. Auszahlung vom 26. September 1874 ab.

a 1000 Pfd. Sterl.

NN. 691 1246 2345.

a 500 Pfd. Sterl.

NN. 3399 6039 6740 7485 7526 8977.

a 100 Pfd. Sterl.

Nr. 13601 602 603 604 605 606 607 608 609 610 611 612 613 614 615 616 617 618 619 620 621 622 623 624 625 626 627 628 629 630 631 632 633 634 635 636 637 638 639 640. 58,041 42 43 44 45 46 47 48 49 50 51 52 53 54 55 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68 69.

f 50 Pfd. Sterl.

Nr. 94,161 162 163 164 165 166 167 168 169 170 171 172 173 174 175 176 177 178 179 180 181 182 183 184 185 186 187 188 189 190 191 192 193 194 195 196 197 198 199 200 121,721 722 723 724 725 726 727 728 729 730.

Vermitthele.

*** Berlin,** 10. April. Heute früh trafen auf dem hiesigen Königlich-Ostbahnhofe wieder etwa 2000 Schnitter und zwar aus der Gegend um Nadel hier ein; sie gingen nach der Provinz Sachsen weiter.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Breslau

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

München, 11. April. Die gestrige Versammlung der hiesigen Liberalen war von etwa tausend Personen besucht. Nachdem der Vorsitzende Dr. Bechioni die mitgetheilten Resolutionen verlesen, Staatsanwalt Wülfert dieselben motivirt und der Reichstagsabgeordnete Stenglein die Stellung der nationalliberalen Partei des Reichstages zum Militärgesetz erläutert hatte, wurden die Resolutionen fast einstimmig angenommen. Die Versammlung trennte sich mit stürmischen Hochrufen auf Kaiser und Reich.

Eingekommene Fremde vom 11. April.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Rittergutsbesitzer Mattheas nebst Gemahlin a. Lusow, Luther a. Lipudow, Oberst von Stern a. Lamica, Zimmermeister Schmidt a. Wollstein, Oberlehrer Samies a. Goslow, die Kaufleute Marckwardt nebst Gemahlin a. Obernitz, Freudenthal a. Wongewitz, Kreyn a. Pudowitz, Pfeiffer a. Frankfurt a. M., Meyer a. Breslau, Kempach a. Berlin, Rother a. Halberstadt, Beil a. Stettin.

HOTEL DE BERLIN. Rittergutsbesitzer v. Neikowski a. Polen, v. Bocklow a. Polen, Regierungsräthin Frau Woite u. Sohn aus Königsberg i. Pr., Landwirt Koebel a. Birnbaum, Lehrer Eltmann u. Frau a. Trzemezno, Rentier Pegler a. Berlin, die Kaufleute Kurzgig aus Grünbogen, Warschauer aus Kreuz und Biemann aus Halle a. S.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME Rittergutsbesitzer Dörrschlag a. Damskaff, Landwirt Otto aus Damskaff, Fabrikbesitzer Willenberg aus Lübeck, Assessor Martini a. Elbing, Rittmeister v. Puttkammer und Familie aus Mühlisch, die Kaufleute Hartmann aus Aachen, Kuhne a. Birke, Hirschfeld a. Hamburg, Wolffsohn a. Neustadt bei Breslau, Schmidt, Cohn u. Familie a. Breslau, Winter a. Danzig, Weiß a. Berlin.

Graphische Börsenberichte.

Breslau, 10. Ap. 11. Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus p. 100 Kilo 100 Pfd. pr. April-Mai 22 $\frac{1}{2}$, pr. Juni-Juli 23 $\frac{1}{2}$, pr. August-September 23 $\frac{1}{2}$. Weizen pr. April-Mai 86, Roggen pr. April-Mai 64 $\frac{1}{2}$, pr. Juli-August 60, pr. September-Oktober 57 $\frac{1}{2}$. Rübbel pr. April-Mai 18 $\frac{1}{2}$, pr. Mai-Juni 18 $\frac{1}{2}$, pr. Juli-August 18 $\frac{1}{2}$, pr. September-Oktober 19 $\frac{1}{2}$. — Wetter: Trübe.

Bremen, 9. April. Petro' zum ruhig, Standard white solo 13 Mark 10 Pf.

Hamburg, 10. April. Nachmittags. (Getreidemarkt) Weizen solo fest, auf Termine fest. Roggen solo ruhig, auf Termine fest. Weizen pr. 216-pfd. pr. April pr. 1000 Kilo netto 289 B., 258 G., pr. Mai-Int. pr. 1000 Kilo netto 258 B., 257 G., pr. Juni-Juli pr. 1000 Kilo netto 257 $\frac{1}{2}$ B., 256 $\frac{1}{2}$ G., pr. Juli-August pr. 1000 Kilo netto 256 B., 255 $\frac{1}{2}$ G. Roggen pr. April 1000 Kilo netto 189 B., 188 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 188 B., 187 G., pr. Juli-Juli 1000 Kilo netto 186 B., 185 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 185 B., 184 G. Hafer fest. Gerste geschäftsfest. Rübbel geschäftsfest, solo 59, pr. Mai 58, pr. Oktober 20 Pfd. 61 $\frac{1}{2}$. Spiritus still, pr. April-Mai 55, pr. Mai-Juni 55 $\frac{1}{2}$, pr. Juli-August 57 $\frac{1}{2}$, pr. September-Oktober 58. Kaffee etwas fest; Umsatz 2000 Sac. Petroleum behauptet, Standard white solo 13,00 B., 12,90 G., pr. April 12,90 G., pr. August-Dezember 14,70 G. — Wetter: Wolkig. Köln, 10. April. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt) Wetter: Warm. Weizen fest, bissig solo 9,15, fremder 9,7 $\frac{1}{2}$, pr. Mai 9, pr. Juli 8,21, pr. November 7,25 $\frac{1}{2}$. Roggen unverändert, fremder solo 6,25, pr. Mai 6,44, pr. Juli 5,27, pr. November 5,15. Rübbel fest, solo 10 $\frac{1}{2}$, pr. Mai 10 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 11.

London, 10. April. (Getreidemarkt) Schlussbericht. Fremde Zulieferungen seit letztem Montag: Weizen 27,610, Gerste 4220, Hafer 34,220 Oktos.

Weizen stramm, Mehl fest, Frühjahrsgetreide weichende Tendenz. Weizen englischer Weizen 60-65, rother 58-61, hiesiges Mehl 45-54 G. — Wetter: Bewölkt.

Liverpool, 10. April. Nachmittags.

good fair Donira 6 $\frac{1}{2}$, fair Madras 5 $\frac{1}{2}$, fair Bernam 8 $\frac{1}{2}$, fair Smyrna 6 $\frac{1}{2}$, fair Egyptian 8 $\frac{1}{2}$.

Manchester., 10. April, Nachmittags, 12r Water Armitage 8 $\frac{1}{2}$. 12r Water Taylor 10, 20r Water Nicholls 12, 30r Water Gidlow 13, 30r Water Cleaton 13, 40r White Maholl 12 $\frac{1}{2}$, 40r Medio Wilkinson 14 $\frac{1}{2}$, 36r Warcop Qualität Rowland 13 $\frac{1}{2}$, 40r Double Weston 14 $\frac{1}{2}$, 60r Double Weston 16 $\frac{1}{2}$, Printers 16 $\frac{1}{2}$, 8 rfd. 10. Mäßiges Geschäft, Preise fest.

Amsterdam., 10. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Geschieden) Schlussbericht. Weizen unverändert, pr. Mai 374.

Roggem loko fester, pr. Mai 219, pr. Juli 211, pr. Oktober 205.

Raps pr. April 354, Rüböl loko 34, pr. Mai 33 $\frac{1}{2}$, pr. Herbst 35.

— Wetter: Frühlingswetter.

Antwerpen., 9. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Geschieden) Schlussbericht. Weizen steigend, dänischer 35 $\frac{1}{2}$. Roggen matt, Petersburg 23 $\frac{1}{2}$. Hafer unverändert, Riga 22 $\frac{1}{2}$. Gerste fest.

Paris., 10. April, Nachmittags. Produktionszeit. Weizen ruhig, pr. April 37, 75, pr. Juli-August 35, 50. Mehl weichend, pr. April 77, 50, pr. Mai-Juni 77, 75, pr. Juli-August 75, 75. Rüböl weichend, pr. April 82, 00, pr. Mai-August 83, 75, pr. September-Dezember 86, 00. Spiritus ruhig, pr. April 65, 00. — Wetter: Bedeckt.

Berlin., 10. April. Wind: S. Barometer 28.3. Thermometer + 9°. Witterung: Bedeckt.

Die Stimmung für Roggen war heute recht fest. Der Umsatz blieb innerhalb der engsten Grenzen. Loko ist heute trog weniger reicherlicher Öfferten der Verkauf nicht bequemer gewesen, als seither. Preise behaupteten sich mühsam. Gefündigt 10,000 Etr. Kündigungss-

preis 61 $\frac{1}{2}$ R. per 1000 Kilogr. — Roggenmehl fortwährend sehr matt. Gefündigt 8500 Etr. Kündigungsspreis 9 R. 1 Sgr. pr. 100 Kilogr. — Für Weizen hat in Folge etwas besserer Aufnahme der Kündigungen sich eine mäßige Preisseitering geltend gemacht. Neue Ufance gefündigt 3000 Etr. Kündigungsspreis 85 R. per 1000 Kilogr. — Hafer loko war keine Ware beliebt, Termine ziemlich fest. — Rüböl bei sehr schwachem Handel gut preishaltend. Gefündigt 300 Etr. Kündigungsspreis 18 $\frac{1}{2}$ R. per 100 Kilogr. — Spiritus in matter Haltung und trotz Widerstreben der Verkäufer haben die Preise wieder nachgebende Tendenz angenommen. Gefündigt 10,000 Liter. Kündigungsspreis 22 R. 16 Sgr. pr. 10,000 Liter-Pro.

Weizen loko pro 1000 Kilogr. 73—90 R. nach Dual ges. abgel. Kündigt 84 $\frac{1}{2}$ R., gelber per diesen Monat —, April-Mai 85 $\frac{1}{2}$ R. b., neue Ufance 85 b., Mai-Juni 85 $\frac{1}{2}$ —86 $\frac{1}{2}$ b., Juni-Juli 86 $\frac{1}{2}$ R. b., Juli-August 85 $\frac{1}{2}$ —86 $\frac{1}{2}$ b., Septbr.-Okt. 81 $\frac{1}{2}$ —82 $\frac{1}{2}$ —82 b., — Roggen loko per 1000 Kilogr. 56—67 R. nach Dual ges. russischer 56 $\frac{1}{2}$ —58 $\frac{1}{2}$, bess. do. 59—61, inländ. 63—66 ab Bahn b., per diesen Monat —, Frühjahr 61 $\frac{1}{2}$ —62 b., Mai-Juni 60 $\frac{1}{2}$ R. b., Juni-Juli 60 $\frac{1}{2}$ R. b., Juli-August 58 $\frac{1}{2}$ R. b., Septbr.-Oktbr. 57 $\frac{1}{2}$ R. b., — Gerste loko per 1000 Kilogr. 53—75 R. nach Dual ges. — Hafer loko per 1000 Kilogr. 52—65 R. nach Dual ges. böhmi. 60—64, öst. u. westpus. 55—63, pom. und ucker. 60—64 ab Bahn b., per diesen Monat —, Frühjahr 61 $\frac{1}{2}$ S. Mai-Juni 60 $\frac{1}{2}$ R. b., Juni-Juli 59 $\frac{1}{2}$ R. b., Juli-August 57 R. b., Septbr.-Oktbr. 53 $\frac{1}{2}$ R. b., — Futterware per 1000 Kilogr. Schuhware 62—67 R. nach Dual, Futterware 55—61 R. nach Dual. — Raps pr. 1000 Kilogr. Rüböl per 100 Kilogr. loko ohne Fas 17 $\frac{1}{2}$ R. b., per diesen Monat —, April-Mai 18 $\frac{1}{2}$ R. b., Mai-Juni 18 $\frac{1}{2}$ R. b., Juni-Juli 19 $\frac{1}{2}$ R. b., Septbr.-Oktbr. 16 $\frac{1}{2}$ R. b., —

Wetter: Frühlingswetter.

Antwerpen., 9. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Geschieden) Schlussbericht. Weizen steigend, dänischer 35 $\frac{1}{2}$. Roggen matt, Petersburg 23 $\frac{1}{2}$. Hafer unverändert, Riga 22 $\frac{1}{2}$. Gerste fest.

Paris., 10. April, Nachmittags. Produktionszeit. Weizen ruhig, pr. April 37, 75, pr. Juli-August 35, 50. Mehl weichend, pr. April 77, 50, pr. Mai-Juni 77, 75, pr. Juli-August 75, 75. Rüböl weichend, pr. April 82, 00, pr. Mai-August 83, 75, pr. September-Dezember 86, 00. Spiritus ruhig, pr. April 65, 00. — Wetter: Bedeckt.

Berlin., 10. April. Wind: S. Barometer 28.3. Thermometer + 9°. Witterung: Bedeckt.

Die Stimmung für Roggen war heute recht fest. Der Umsatz blieb innerhalb der engsten Grenzen. Loko ist heute trog weniger reicherlicher Öfferten der Verkauf nicht bequemer gewesen, als seither. Preise behaupteten sich mühsam. Gefündigt 10,000 Etr. Kündigungss-

Breslau, 10. April.

Kreisburger 101 $\frac{1}{2}$, do. junge — Oberösterreich 160. N.-Oder-W.-St. 120 $\frac{1}{2}$, do. do. Prioritäten 120 $\frac{1}{2}$, Franzosen 186 $\frac{1}{2}$, Lombarden 83 $\frac{1}{2}$, Italiener — Silberrente 66 $\frac{1}{2}$, Rumäniens 42, Breslauer Distriktsbank 77, do. Wechslerbank 67 $\frac{1}{2}$, Schles. Bank 104 $\frac{1}{2}$, Kreditaktien 115 $\frac{1}{2}$, Laurahütte 149, Oberösterreich, Eisenbahnbet. —, Österreich. Banknoten 89 $\frac{1}{2}$, Russ. Banknoten 93 $\frac{1}{2}$, Bresl. Müllerbank 79 $\frac{1}{2}$, do. Müll. B.-B. 92 $\frac{1}{2}$, Provinz-Müllerb. 82, Schles. Verbrauch. 90 $\frac{1}{2}$, Ostsiedl. Bank —, Bresl. Prov.-Wechslerb. —.

Gelegentliche Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 10. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schiffliche Bank 204, Dortmunder Union 52 $\frac{1}{2}$.

Kreditaktien beliebt, Franzosen fest, Bahnen theils höher, Banken behauptet.

Nach Schluss der Börse: Mitt. Kreditaktien 200 $\frac{1}{2}$, Franzosen 325 $\frac{1}{2}$, Lombarden 144 $\frac{1}{2}$.

[Schlusskurse] Londoner Wechsel 118 $\frac{1}{2}$, Pariser Wechsel 94, Wiener Wechsel 104 $\frac{1}{2}$, Franzosen 326, Böhmi. Westbahn 218, Lombarden 145, Gotschier 257 $\frac{1}{2}$, Elisabethbahn 203 $\frac{1}{2}$, Nordwestbahn 189 $\frac{1}{2}$, Kreditaktien 201, Russ. Bodencredit 86 $\frac{1}{2}$, Russen 1872 —, Silberrente 66 $\frac{1}{2}$, Papierrente 62, 1860 er Loos 95 $\frac{1}{2}$, 1864 er Loos 161 $\frac{1}{2}$.

Berlin., 10. April. Den hervorragendsten Charakterzug der heutigen Börse bildete die über alle Verkehrsgebiete ausgedrehte Geschäftslust; es fehlte an jeglicher Anregung und kaum für ein Einfekt kam ein animirter Verkehr zur Entwicklung. Nicht nur die gesammte Spekulation verhielt sich abwartend, sondern auch auf dem Kapitalmarkt mangelte es vollständig an Kauflust. Allerdings trat dem gegenüber auch das Angebot nirgend dringend auf und wurden so weitere Fortschritte der gestern vormalenden Baisseströmung verhindert. Besonders auf spekulativem Gebiet festen die Kurse ziemlich fest ein, mussten dann im Anschluß an mattere wiener Kurse etwas nachgeben und schlossen in entschieden matter Haltung.

Auf internationalem Gebiet wurden Kreditaktien und Lombarden zu wenig veränderten Kursen in mäßigen Beträgen umgesetzt. Franzosen waren eher etwas schwächer und wenig belebt.

Einschätzige Bonds.

England: II. Aktienbörsen.

London, den 10. April 1874.

Deutsche Bonds.

Bundesländische Bonds.	
Am. Anl. 1881	6 103 $\frac{1}{2}$ S.
do. do. 1882 ges.	6 97 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. do. 1885	6 102 $\frac{1}{2}$ b. S.
Newport-Stadtanl.	7 95 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Goldanleihe	95 $\frac{1}{2}$ b. S.
Binn. 10. Jahr. Bogen	101 $\frac{1}{2}$ b. S.
Italienische Anl.	62 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Zabals-Obl.	95 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Act. 70%	637 $\frac{1}{2}$ b. S.
Deister Cap-Rente	42 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Silberrente	66 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. 1500 Pr. Dbl.	93 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Zorse 1860	5 95 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Pr. Sch. 1864	92 $\frac{1}{2}$ b. S.
Kurs. Italiens Söld.	32 $\frac{1}{2}$ b. S.
Oberösterreich. Obl.	7 $\frac{1}{2}$ S.
do. Stabt-Obl.	5 103 $\frac{1}{2}$ S.
do. do.	5 103 $\frac{1}{2}$ S.
do. do.	5 89 $\frac{1}{2}$ b. S.
Berl. Börsen-Obl.	5 103 $\frac{1}{2}$ S.
Berl. Börsen	101 $\frac{1}{2}$ b. S.
Franz. Anl. 71, 72, 5	—
Bulgar. 20%ris. Bogen	—
Kurden. Anteile	8 —
Russ. Bodenl. Bogen	86 $\frac{1}{2}$ etw. b. S.
do. Bogen. 1860	85 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Cert. A. 390, 5	94 $\frac{1}{2}$ S.
do. Pöhl. 11. Jhd.	80 $\frac{1}{2}$ S.
do. Part. 5. 500	106 $\frac{1}{2}$ S.
do. Kurs. Pfandb.	66 $\frac{1}{2}$ b. S.
Raab-Grazer Bogen	7 S.
Franz. Anl. 71, 72, 5	—
Bulgar. 20%ris. Bogen	—
Kurden. Anteile	8 —
Russ. Bodenl. Bogen	86 $\frac{1}{2}$ etw. b. S.
do. Bogen. 1860	85 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Cert. A. 390, 5	94 $\frac{1}{2}$ S.
do. Pöhl. 11. Jhd.	80 $\frac{1}{2}$ S.
do. Part. 5. 500	106 $\frac{1}{2}$ S.
do. Kurs. Pfandb.	66 $\frac{1}{2}$ b. S.
Raab-Grazer Bogen	7 S.
Franz. Anl. 71, 72, 5	—
Bulgar. 20%ris. Bogen	—
Kurden. Anteile	8 —
Russ. Bodenl. Bogen	86 $\frac{1}{2}$ etw. b. S.
do. Bogen. 1860	85 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Cert. A. 390, 5	94 $\frac{1}{2}$ S.
do. Pöhl. 11. Jhd.	80 $\frac{1}{2}$ S.
do. Part. 5. 500	106 $\frac{1}{2}$ S.
do. Kurs. Pfandb.	66 $\frac{1}{2}$ b. S.
Raab-Grazer Bogen	7 S.
Franz. Anl. 71, 72, 5	—
Bulgar. 20%ris. Bogen	—
Kurden. Anteile	8 —
Russ. Bodenl. Bogen	86 $\frac{1}{2}$ etw. b. S.
do. Bogen. 1860	85 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Cert. A. 390, 5	94 $\frac{1}{2}$ S.
do. Pöhl. 11. Jhd.	80 $\frac{1}{2}$ S.
do. Part. 5. 500	106 $\frac{1}{2}$ S.
do. Kurs. Pfandb.	66 $\frac{1}{2}$ b. S.
Raab-Grazer Bogen	7 S.
Franz. Anl. 71, 72, 5	—
Bulgar. 20%ris. Bogen	—
Kurden. Anteile	8 —
Russ. Bodenl. Bogen	86 $\frac{1}{2}$ etw. b. S.
do. Bogen. 1860	85 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Cert. A. 390, 5	94 $\frac{1}{2}$ S.
do. Pöhl. 11. Jhd.	80 $\frac{1}{2}$ S.
do. Part. 5. 500	106 $\frac{1}{2}$ S.
do. Kurs. Pfandb.	66 $\frac{1}{2}$ b. S.
Raab-Grazer Bogen	7 S.
Franz. Anl. 71, 72, 5	—
Bulgar. 20%ris. Bogen	—
Kurden. Anteile	8 —
Russ. Bodenl. Bogen	86 $\frac{1}{2}$ etw. b. S.
do. Bogen. 1860	85 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Cert. A. 390, 5	94 $\frac{1}{2}$ S.
do. Pöhl. 11. Jhd.	80 $\frac{1}{2}$ S.
do. Part. 5. 500	106 $\frac{1}{2}$ S.
do. Kurs. Pfandb.	66 $\frac{1}{2}$ b. S.
Raab-Grazer Bogen	7 S.
Franz. Anl. 71, 72, 5	—
Bulgar. 20%ris. Bogen	—
Kurden. Anteile	8 —
Russ. Bodenl. Bogen	86 $\frac{1}{2}$ etw. b. S.
do. Bogen. 1860	85 $\frac{1}{2}$ b. S.
do. Cert. A. 390, 5	94 $\frac{1}{2}$ S.
do. Pöhl. 11. Jhd.	80 $\frac{1}{2}$ S.
do. Part. 5. 500	106 $\frac{1}{2}$ S.
do. Kurs. Pfandb.	66 $\frac{1}{2}$ b. S.
Raab-Grazer Bogen	7 S.
Franz. An	